

Pressemitteilung

DKG zum DKI-Krankenhaus-Barometer

Wirtschaftliche Lage der Krankenhäuser erreicht historischen Tiefpunkt

Berlin, 27. Dezember 2024 – Die wirtschaftliche Situation der Krankenhäuser in Deutschland ist so dramatisch wie noch nie. Seit Einführung des Fallpauschalensystems im Jahr 2003 haben noch nie so viele Krankenhäuser Verluste verzeichnet wie im Jahr 2023 (61 Prozent der Häuser) und eine so schlechte wirtschaftliche Lage beklagt wie 2024. Der Anteil der Kliniken mit unbefriedigender wirtschaftlicher Lage erreicht in diesem Jahr einen Höchststand von 80 Prozent, und der Anteil der Häuser in guter wirtschaftlicher Lage mit 5 Prozent einen absoluten Tiefststand. Für das Jahr 2024 gehen 79 Prozent der Krankenhäuser von einem negativen Jahresergebnis aus. Zwei Drittel der Häuser erwarten für 2025, dass sich ihre wirtschaftliche Situation weiter verschlechtert. Das sind Ergebnisse des aktuellen Krankenhaus-Barometers des Deutschen Krankenhausinstituts (DKI), einer jährlich durchgeführten Repräsentativbefragung unter den Allgemeinkrankenhäusern in Deutschland.

Vor allem die Preissteigerungen bei den Personal- und Sachkosten wirken sich laut der DKI-Umfrage in 88 Prozent der Krankenhäuser stark oder sehr stark auf ihre Liquiditätssituation aus. Vor diesem Hintergrund sind sie teilweise auf finanzielle Unterstützung ihrer Träger angewiesen, um die Liquiditäts- und Insolvenzrisiken abzufangen und notwendige Investitionen finanzieren zu können.

„Die Situation der Krankenhäuser nimmt immer bedrohlichere Ausmaße an. Die Umfrage des Deutschen Krankenhausinstituts zeigt klar und deutlich, wie dramatisch die wirtschaftliche Lage der deutschen Krankenhäuser ist. Nahezu flächendeckend ist die Liquidität der Krankenhäuser stark betroffen. Wenn jetzt 80 Prozent der Krankenhäuser in Deutschland für das vergangene Jahr eine unbefriedigende wirtschaftliche Lage beklagen und der Anteil der Häuser mit guter finanzieller Lage auf nur noch fünf Prozent absinkt, ist das nichts anderes als ein historischer Niedergang und Ausdruck einer fehlgeleiteten Politik auf dem

PRESSESTELLE

Joachim **Odenbach**
Telefon +49 30 39801-1020

Holger **Mages**
Telefon +49 30 39801-1022

Dr. Jörn **Wegner**
Telefon +49 30 39801-1023

Rike **Stähler**
Telefon +49 30 39801-1024

Maxi **Schilonka**
Telefon +49 30 39801-1026

SEKRETARIAT/SACHBEARBEITUNG
Banu **Öztürk**
Telefon +49 30 39801-1025
Sina **Hoffmann**
Telefon +49 30 39801-1021

E-Mail pressestelle@dkgev.de

Wegelystraße 3
10623 Berlin

www.dkgev.de
www.facebook.com/dkgev
www.twitter.com/dkgev
www.dkgev.de/rss2.php
www.youtube.com/user/dkgev

Rücken der Patientinnen und Patienten, der Krankenhäuser und ihrer Mitarbeitenden. Denn Ursache für die seit Jahrzehnten anhaltende Unterfinanzierung der Kliniken ist neben der mangelhaften Investitionsförderung vor allem der weiterhin ausbleibende Inflationsausgleich. Kliniken dürfen ihre Preise nicht eigenverantwortlich an die Inflation anpassen, haben aber dieselben erhöhten Ausgaben wie alle anderen Wirtschaftszweige. Diese seit Jahren bestehende Schieflage wird die Krankenhausträger im kommenden Jahr vermehrt zu harten Konsolidierungsentscheidungen zwingen. Dies wird auch negative Auswirkungen auf die regionale Patientenversorgung haben. Zum Teil sind diese auch schon heute spürbar. Krankenhäuser sind wegen der Defizitlage gezwungen, Einschnitte in der Patientenversorgung vorzunehmen ohne dass dies noch mit der Krankenhausplanung der Länder abgestimmt werden kann. Ein solcher kalter Strukturwandel ist nicht im Interesse der Patientinnen und Patienten. Nachdem der noch amtierende Bundesgesundheitsminister zu keiner Lösung für diese dramatische Situation bereit war, muss nun eine neue Bundesregierung das Thema ganz oben auf ihre politische Agenda setzen und einen Inflationsausgleich sicherstellen, um so die Krankenhausversorgung flächendeckend zu stabilisieren“, erklärt Dr. Gerald Gaß, Vorstandsvorsitzender der Deutschen Krankenhausgesellschaft.

Laut DKI-Umfrage engagieren sich immer mehr Krankenhäuser auch in der ambulanten Versorgung. Rund drei Viertel betreiben mittlerweile ein oder mehrere Medizinische Versorgungszentren (MVZ) und tragen somit zur Sicherstellung der ambulanten ärztlichen Versorgung bei. Ein fachübergreifendes Leistungsangebot ist hier nahezu Standard. Jedes zweite Krankenhaus-MVZ hält auch hausärztliche Angebote vor. Des Weiteren haben viele Krankenhäuser ihre Organisation und ihre Prozesse angepasst, um die spezielle sektorengleiche Vergütung einzuführen (Hybrid-DRGs). Dabei werden Leistungen unabhängig davon vergütet, ob sie ambulant oder stationär erbracht werden. Die Ergebnisse des Krankenhaus-Barometers 2024 beruhen auf der schriftlichen Befragung einer repräsentativen Stichprobe von zugelassenen Allgemeinkrankenhäusern ab 100 Betten in Deutschland, die von Mitte Mai bis Mitte August 2024 durchgeführt worden ist. Beteiligt haben sich insgesamt 366 Krankenhäuser.

Die Umfrage des Deutschen Krankenhausinstituts ist als Anlage beigefügt.

Die Deutsche Krankenhausgesellschaft (DKG) ist der Dachverband der Krankenhausträger in Deutschland. Sie vertritt die Interessen der 28 Mitglieder – 16 Landesverbände und 12 Spitzenverbände – in der Bundes- und EU-Politik und nimmt ihr gesetzlich übertragene Aufgaben wahr. Die 1.893 Krankenhäuser versorgen jährlich 17 Millionen stationäre Patienten (2022) und rund 22 Millionen ambulante Behandlungsfälle mit 1,4 Millionen Mitarbeitern. Bei 133 Milliarden Euro Jahresumsatz in deutschen Krankenhäusern handelt die DKG für einen maßgeblichen Wirtschaftsfaktor im Gesundheitswesen.